

EU-Sicherheitspolitik?

Autor(en): **Kux, Stephan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **162 (1996)**

Heft 5

PDF erstellt am: **10.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-64364>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

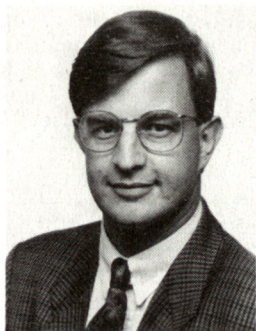
Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

EU-Sicherheitspolitik?

Stephan Kux

Die Reform der EU ist das Ziel einer Regierungskonferenz, die seit Ende März tagt. Darunter fällt auch die Gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP), der politische Pfeiler der Union. Wirtschaftlich zählt der europäische Staatenbund zu den Riesen, politisch aber zu den Zwergen. Zu Recht. Denn weder im Nordirlandkonflikt noch im Balkankrieg oder zuletzt im griechisch-türkischen Inselstreit nahmen die EU-Staaten ihre Verantwortung wahr.



Stephan Kux,
PD Dr. phil.,
Hauptmann im Stab Bundesrat,
Dozent am Europa-Institut
an der Universität Basel,
Gellertstrasse 27, 4027 Basel.

Kernbereiche der Souveränität

Wie vor fünfzig Jahren ist es letztlich noch immer die Schutzmacht USA, die – wenn auch widerwillig – für Ordnung im europäischen Haus schauen muss. Der europäische Dreikäsehoch kann weiterhin nicht auf eigenen Füßen stehen. Wie lange Washington das ge-

Wie lange Washington das geschmähte Kindermädchen der pubertierenden Europäer spielen will, ist ungewiss.

schmähte Kindermädchen der pubertierenden Europäer spielen will, ist jedoch ungewiss. Die gerade in Bonn und Paris vorlaut gestellten Forderungen nach einer eigenständigen europäischen Führungsrolle stehen somit vor einer Nagelprobe.

Grund für ihre Ohnmacht ist, dass die europäischen Mächte weiterhin eifersüchtig über ihre Aussenpolitik wachen. Diplomatie und Sicherheit gehören zu den Kernbereichen der Souveränität. Die Mitgliedstaaten sind kaum bereit, die aussen- und sicherheitspolitische Führung nach Vorbild der Schweizer Kantone an einen «Vorort» abzutreten. Historische Erfahrungen und gegensätzliche Interessen spielen mit, wie etwa die Haltung Deutschlands, Grossbritanniens oder Griechenlands im Balkankonflikt zeigt. Und nach wie vor besteht Uneinigkeit über die künftige politische Ausgestaltung der EU. Grossbritannien fordert die Beschränkung auf eine grosse Freihandelszone, während Deutschland von einer künftigen europäischen Armee spricht.

So bleibt die «gemeinsame» Aussen- und Sicherheitspolitik ein rein zwischenstaatliches Unterfangen. Eine feste, supranationale Organisation wie im Binnenmarkt fehlt. Im Reigen der Konferenzdiplomatie treffen sich Aussenminister, Staatssekretäre und Botschafter regelmässig. Der Vorsitz rotiert halbjährlich, d.h. die EU tritt mit einem ständig wechselnden aussenpolitischen Sprecher auf.

Allein im Balkankonflikt wechselte die Führung der EU-Diplomatie bisher zehnmal. Abgestimmt wird mit Einstimmigkeit, d.h. jeder der fünfzehn Mitgliedstaaten hat ein Vetorecht. Dieses Verfahren erlaubt die lockere Abstimmung nationaler Politiken und die Verabschiedung unzähliger, nichtssagender gemeinsamer Standpunkte. Die NZZ-Leitartikel sind griffiger.

Bestenfalls einigen sich die EU-Politiker auf eine punktuelle, zeitlich beschränkte gemeinsame Aktion, wie die Entsendung von Wahlbeobachtern nach Südafrika oder die Koordination humanitärer Hilfe auf dem Balkan. Abseitsstehen und Nullentscheide bilden jedoch die Regel. Die Aussenpolitik der Schweiz ist aktiver.

«Mr. GASP» als ständiger Sprecher

Auf der Regierungskonferenz soll nun dieser schwache «Zweite Pfeiler» des EU-Tempels gestärkt werden, um dem Anspruch einer Politischen Union zu genügen. Für Herbst 1997 werden die Ergebnisse der Vertragsrevision erwartet, die danach noch durch die Mitgliedstaaten abgesegnet werden müssen. Spektakuläre Durchbrüche, eine Vergemeinschaftung der Aussen- und Sicherheitspolitik gar nach Vorbild des schweizerischen Bundesstaates, sind nicht zu erwarten. Angestrebt wird eine Institutionalisierung und Verstärkung.

Neben dem rotierenden Vorsitz soll ein «Mr. GASP» als ständiger Sprecher der EU-Aussenpolitik Gesicht und Stimme verleihen. Mit einer Planungszelle will sich die EU eine eigene Lageanalyse verschaffen. Durch die Einführung von Mehrheitsentscheiden sollen einzelne Staaten das gemeinsame Vorgehen nicht mehr durch ihr Veto

Allein im Balkankonflikt wechselte die Führung der EU-Diplomatie bisher zehnmal.

blockieren können. Kommt keine Einigung zustande, soll einer Kerngruppe von handlungswilligen und -fähigen Staaten erlaubt werden, auf eigene Faust aktiv zu werden. Dabei stehen Deutschland und Frankreich im Vordergrund. Weiterführende Schritte wie eine europäische Rüstungspolitik oder eine Eingliederung der Westeuropäer-

schen Union (WEU) in die EU sind nicht konsensfähig.

Von der heutigen Kakophonie zum Konzert der europäischen Mächte ist es somit noch ein weiter Weg. Die NATO und das transatlantische Verhältnis werden die europäische Sicherheitspolitik auch in Zukunft prägen.

Neutrale Mitgliedstaaten unter Handlungszwang

Trotzdem bewegt sich etwas. Die EU ist lern- und entwicklungsfähig. Einige Folgerungen aus dem Balkankonflikt werden gezogen. Drohende Herausforderungen wie der mögliche Machtwechsel in Russland oder das sich abzeichnende Scheitern des Dayton-Abkommens werden ernst genommen. Dabei geraten auch die neutralen Mitgliedstaaten unter Handlungszwang. Die Neumitglieder Finnland, Österreich und Schweden verfolgen zwar noch eine Politik der allianzfreien Integration. Sie bleiben auf Distanz zu WEU und NATO. Doch wollen auch die Neutralen ihren Solidarbeitrag leisten und bauen die ausgreifenden Komponenten ihrer Sicherheitspolitik

Erweiterung des Festungsmuseums Reuenthal

«Unsere einmaligen Gross-Exponate müssen einfach der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden! Dazu brauchen wir eine neue Halle.» Die Worte des Präsidenten Willy Marques überzeugten die 180 an der GV anwesenden Mitglieder des Vereins Festungsmuseum Reuenthal (FMR); sie bewilligten insgesamt Fr. 856 000.–. Für den kleinsten Teil, Fr. 36 000.–, werden etwa 30 weitere Objekte gekauft: Bunker, Panzersperren, die Klein-Festung im Eisenbahntunnel bei Koblenz, die Sanitätshilfsstelle Irmgard. Die grossen Brocken sind Fr. 260 000.– für Kauf und Erschliessung von Land im Fullfeld (Gemeinde Full-Reuenthal) und Fr. 460 000.– für den Bau einer Museumshalle, u.a. für einen Panzer 61 samt Werkstattwagen, einen Centurion, das 35-mm-Flab-Geschütz Nr. 1, eine 7,5-cm-Gebirgskanone 1906 von Krupp und Prototypen von Oerlikon-Geschützen.

Kernstück des Museums ist und bleibt die Festung selbst: Vollständig ausgerüstet mit Artilleriekavernen, Nahkampf-Türmen, Feuerleitstelle, Maschinenraum, Werkstatt, Unterkünften, Küche, Operationssaal, wie im Zweiten Weltkrieg benützt – alles betriebsbereit, zum Ansehen und Anfassen. Das Festungsmuseum, die gemütliche Festungsbeiz «Barbara» und der Kiosk mit Souvenirs, alten Reglementen, neuen Militärbüchern und Ausrüstungsgegenständen sind ab Anfang April bis Ende Oktober offen.

Gruppenbesuche:

Von Montag bis Samstagmittag (Anmeldung an Telefon/Fax 01/301 06 16).

Einzelbesuche:

Samstag, 13.30 bis 17 Uhr.

Reuenthal liegt zwischen Koblenz und Leibstadt, Parkplatz und Weg zur Festung sind signalisiert. FMR

aus. Auch die Schweiz muss sich überlegen, wie sie ihre Aussen- und Sicherheitspolitik verstärkt an EU und NATO ausrichtet.

Denn die EU wird zwar wirtschaftlich ein Riese und politisch ein Zwerg bleiben. Doch mit der steigenden Bedeutung der politischen und wirtschaftlichen Komponenten der Sicherheit wird sie zum entscheidenden Akteur in Europa. Im Vordergrund stehen die intensivierte Zusammenarbeit mit den

Reformstaaten, der Stabilitätstransfer und die angestrebte Osterweiterung. Voraussetzung dazu bilden die Neuordnung der EU-Finzen und die institutionelle Erneuerung. Beides Themen der Regierungskonferenz 1996, die historische Weichen für die künftige Ausgestaltung des ganzen Kontinents stellen muss und der somit entscheidende strategische Bedeutung zukommt – auch für die Sicherheit der Schweiz. ■

Letzte Information zur österreichisch-schweizerischen Gefechtsübung «MOBILITY 96»

1. Rahmen

Die gemeinsame Gefechtsübung «MOBILITY 96 findet vom 22. April bis 9. Mai auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig im nordwestlichen Niederösterreich statt und erfolgt auf der Basis der gültigen Zusammenarbeitsregelungen zwischen der Schweiz und Österreich. Dabei wird die erste Woche zur Vorbereitung für verschiedene Bereiche wie

- Einschulung in die Simulationssysteme, Installation der Systeme auf die Kampffahrzeuge und Waffen sowie Überprüfung auf Funktionsfähigkeit,
- Einrichten der Übungsleitzentralen, der Gefechtsstände und Versorgungseinrichtungen,
- Erkundungstätigkeiten für die schweizerischen Teilnehmer u. a. m. genützt.

Die eigentlichen Gefechtsphasen beginnen mit 29. April 1996. Für Juni 1996 ist eine gemeinsame 14tägige Nachbereitung der Übung, einschliesslich Auswertung aller Erkenntnisse, in Lyss BE geplant.

Die Gefechtsübung findet auf Gegenseitigkeit unter weitreichender Abstützung auf Gefechts-Simulationssysteme sowie Ausnützung EDV-gestützter Auswertesysteme statt. Vorgestafelt erfolgte gemeinsam ein Durchspielen aller vorgesehenen Übungsphasen als Simulationsdurchgang in Lyss.

2. Zielsetzung

Im Rahmen der Gefechtsübung «MOBILITY 96» will die österreichische Armee ihr Einsatzkonzept für die mechanisierte Infanterie praktisch erproben.

- Aus österreichischer Sicht sollen dabei Erkenntnisse für
- die Strukturplanung,

- das Kampfverfahren der zukünftigen gepanzerten Infanteriebataillone sowie
- für die Bewaffnung und Ausrüstung gepanzerter Radfahrzeuge gewonnen werden.

Aus Schweizer Sicht erfolgt die praktische Überprüfung ihres Konzeptes für das mechanisierte Füsilierradbataillon.

Von beiden Seiten ist vorgesehen, Erfahrungswerte für die Ausbildung und die Erstellung von Ausbildungsvorschriften für die mechanisierte Infanterie zu gewinnen.

3. Teilnehmende Verbände und materielle Ausstattung

Österreich:

3. Panzergrenadierbrigade (im Rahmen ihrer jährlichen Abschlussübung), verstärkt mit Infanterieteilen und unterstützt durch Teile der Fliegerdivision. Insgesamt mit zirka 30 Kampfpanzern, 50 Schützenpanzern, 10 Jagdpanzern, 10 Hubschraubern und den erforderlichen Räderfahrzeugen in einer Gesamtstärke von zirka 2000 Mann.

Schweiz:

2 mechanisierte Füsilierradkompanien, Leitungs-, Ausbildungs- und Versorgungspersonal in einer Gesamtstärke von zirka 350 Mann, 24 Radpanzer Mowag Piranha und die erforderlichen Räderfahrzeuge.

Die umfangreiche Simulationsausrüstung für die gesamte übende Truppe wird durch die Schweizer Armee beigestellt.

Oberst Ewald Angetter
Fachoffizier/Mechanisierung Abt. Rüstungsplanung
Bundesministerium für Landesverteidigung